

Presseinformation

16. Oktober 2018

Krautscheid: Neue Wege zum Schutz vor Cyberangriffen

„Die Staatengemeinschaft muss
Cyberangriffe international ächten
und sanktionieren.“

Andreas Krautscheid
Hauptgeschäftsführer



- **Staat und Wirtschaft müssen intensiv zusammenarbeiten**
- **Cyberangriffe müssen international geächtet werden**

„Zum Schutz vor internationalen Cyberattacken brauchen wir ein gemeinsames Bekenntnis der Staatengemeinschaft, um Angriffe zu ächten und gegebenenfalls mit Sanktionen zu belegen“ forderte Andreas Krautscheid, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes auf der Veranstaltung „In Abwehr vereint? – Cyberstrategien von Staat und Wirtschaft“ in Berlin.

„Die Bedrohungen durch Cyberkriminalität nehmen tagtäglich zu“, betonte Krautscheid, „besonders sensibel sind die kritischen Infrastrukturen, zu denen auch die Banken gehören. Wir sind uns hier einer besonderen Verantwortung bewusst: Nicht nur für unsere Kunden, sondern aufgrund der zentralen Funktion von Banken für jede Volkswirtschaft.“

Dabei seien die IT-Systeme von Banken schon heute umfangreich reguliert und die Banken würden tagtäglich Angriffe auf ihre eigene Infrastruktur verhindern. „Die Regulierung im Bereich Cyber Security muss glasklar, international

Ansprechpartner

Tanja Beller
Pressesprecherin
Tel. +49 30 1663-1220
tanja.beller@bdb.de

Schlagworte

Cybersicherheit
Digitalisierung
Digital Banking
Krautscheid
Cyberattacken
Cyberkriminalität

Presseinformation

koordiniert und praxisnah sein, um die hochsensible Infrastruktur und damit auch die Kunden wirksam zu schützen. Voneinander abweichende Doppelregulierung und internationales Regulierungswirrwarr können wir uns nicht leisten“, bekräftigte Krautscheid.

In der Reihe bankenNext diskutieren heute beim Bankenverband Arne Schönbohm, Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik, Johannes Beermann, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank und Saskia Esken, MdB, unter anderem über die Frage, wie die Koordination einer einheitlichen Strategie von Staat und Wirtschaft zur Abwehr neuer Bedrohungen aussehen könnte.